Berliner Tageblatt

VII. Jahrg. Nr. 25

Erscheint jeden Mittwoch. Man abonniert bei allen Postanstalten in den Kolonien und Schutzgebieten des Deutschen Reiches, den Postanstalten in China, Konstantinopel und der Levante, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, der dänischen Antillen, Schwedens, Norwegens, der Donaustaaten, Chiles, Uruguays zum Preise von 4,50 M. vierteljährlich exklusive Postanschlag; für alle übrigen Staaten nur unter Kreuzband durch den Verlag, Berlin SW, 2 M. monatlich inklusive Porto, frei ins Haus.

Wochen-Ausgabe
für Ausland und Uebersee

19. Juni 1918

Zeilenpreis 90 Pf. Alleinige Anzeigen-Annahme: Annoncen-Expedit. Rudolf Mosse, Berlin SW, Jerusalemer Str. 46/49, Breslau, Schweidnitzer Str. 21, Dresden, Altmarkt 15, Düsseldorf, Schadowstr. 20/22, Frankfurt a. M., Zeil 123, Hamburg, Jungfernstieg 1/2, Köln a. Rh., Hohe Str. 94, Leipzig, Grimmaische Str. 27, Magdeburg, Breiteweg 12, Mannheim, Planken O 4, 6, München, Theatinerstr. 8, Nürnberg, Karolinenstr. 23, Prag II, Graben 6, Strassburg i. E., Alter Weinmarktpl. 1, Stuttgart, Königstr. 31 B, Wien I, Seilerstätte 2, Warschau, Marschalkowska 124, Basel, Aeschenvorstadt 50, Zürich, Limmatquai 34. – Druck u. Verlag von Rudolf Mosse, Berlin.

Kämpfe an der Piave und Brenta.

Die politische Lage.

Von
Josef Schwab.

Erneute Ablehnung des gleichen Wahlrechts im Preussischen Abgeordnetenhause. – Die Haltung der Staatsregierung. – Zwei Monate erfolgreicher Offensive im Westen. – Oesterreichischer Vorstoss an der italienischen Front. – Rücktritt des Kabinetts Radoslawow.

Die Mehrheit des Preussischen Abgeordnetenhauses hat den kundigen und unkundigen Beobachtern unserer Zustände im feindlichen Auslande mit der vierten Ablehnung des gleichen Wahlrechts eine rechte und reine Freude bereitet. Die Abstimmungen selber, mit denen man aus der Vorlage das Gegenteil dessen gemacht, und auch die Art, wie man die Regierung bei dem Zustandebringen des mit so vielen reaktionären Sicherungen verzierten Kompromisswerks behandelt hat, waren eine endgültige Kampfansage. Jeder Gedanke, dass die nun auch noch vom rechten Zentrum her verstärkte rückschrittliche Mehrheit wirklich und ernstlich nach einer mittleren Linie suche, muss ausscheiden. Sie steuert auf den Konflikt zu; sie will und wird ihn haben. Es ist natürlich ein Trugschluss, wenn die feindlichen Staatsmänner sich selbst oder ihren Völkern einreden, dass der Konflikt, den ihre Presse nicht verfehlen wird, gehörig dramatisch auszumalen, unsere Kampfkraft nach aussen schwächen wird. Aber immerhin ist schon in der Tatsache, dass das Vertrauen auf eine solche Entwicklung drüben entsteht und gestärkt wird, ein den feindlichen Kriegsschürern drüben günstiges Moment gegeben. Es kommt die Spekulation hinzu, dass eine Regierung, die in so ernster und hartnäckiger Weise ihren Bestand sowohl als preussische wie als Reichsregierung angegriffen sieht und sich — bis jetzt wenigstens — in so schwächlicher Weise gewehrt und des Gegenangriffs enthalten hat, sich schliesslich als der schwächere Teil erweisen könnte. Das aber bedeutet die Spekulation auf eine tiefgreifende Unzufriedenheit und Erbitterung des Volkes, mit Einschluss natürlich der Kämpfer in den Schützengräben. Auch wenn man überzeugt ist, dass diese Erwartungen eines Tages in nichts zerfliessen müssen, so muss man doch die zwecklos zuwartende Taktik der Regierung ebenso lebhaft beklagen wie das volksfeindliche Manöver der auf nichts als die Sicherung ihres Besitzstandes bedachten Mehrheitsparteien. Wenn je, so war jetzt die Auflösung die richtige Antwort auf die Art, wie eine Mehrheit, die in Wahrheit eine Minderheitsvertretung ist, sich dem klar zutage liegenden Volkswillen entgegenzustemmen suchte. Sie war das gegebene Mittel, die Situation nach innen und aussen zu klären. In einem Augenblicke zumal, in dem der beispiellose Wirrwarr innerhalb grosser Parteien so lebhaft nach dem Korrektiv der allgemeinen Neuwahlen rief. Die Hinauszögerung der Entscheidung auf eine fünfte und sechste Lesung ist seitens einer Regierung, die erklärt hat, dass sie „mit dem allgemeinen Wahlrecht steht und fällt", einfach unverständlich. Entspricht dieses Zögern der inneren Sympathie mit dem Gedanken eines neuen Kompromisses, der mit einigem Anstand die königliche Zusage des gleichen Wahlrechts zu retten und sie nach freudiger Drangabe aller übrigen von der Reaktion geforderten Opfer an konstitutionellen Volksrechten zu erkaufen sucht? Abgesehen davon, dass ein solches Geschäft wenig Aussicht auf Gelingen hat, wäre es ein übles Geschäft, eine zeitweilige Transaktion, der, wenn erst die preussischen Männer von den Fronten nach Hause kehren, eine um so gründlichere Liquidation folgen müsste. Eine solche „Staatsmannskunst" wäre eine üble Parallele zu dem, was der von der triumphierenden Mehrheit nicht einmal einer Zusatzstimme für wert gehaltene „Kriegsteilnehmer" fort und fort in immer grandioser gesteigerten Kämpfen leistet, um unserem Volke in jedem Betracht eine wirklich bessere Zukunft zu sichern. Diese Zukunft kann heute kein Gegenstand des Kompromisses mit absterbenden Mächten der Vergangenheit mehr sein.

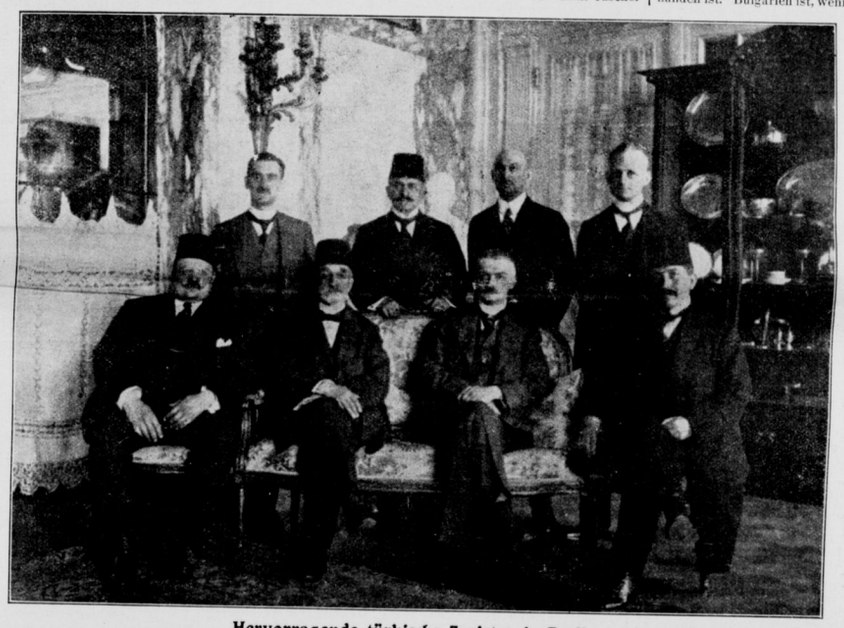
Wir haben nun zwei Monate der deutschen Offensive hinter uns, und ihr fortdauernd erfolgreicher Verlauf zeigt, dass die Bemühungen des Generals Foch, durch grosszügigen Gegenstoss die Initiative, die strategische Bestimmung, die Freiheit in der Verwendung seiner eigenen Truppen in seine Hand zu bringen, erfolglos sind. Der Schwerpunkt der Kämpfe hat sich gegenwärtig nach dem Gelände westlich von Soissons bis nach Montdidier hinauf verschoben. Hier haben die Armeen Böhn und Hutier das Werk, die Massen der französisch-englischen Reservetruppen zur Kampfbeteiligung in den von uns gewollten Abschnitt heranzuziehen und nacheinander aufzureiben, planmässig und erfolgreich fortgesetzt. Es ist mit Recht hervorgehoben worden, dass die konsequente Durchführung dieses Gedankens, dem die feindliche Gegenwirkung geradezu in die Hände arbeitet, wichtiger ist als die Erreichung bestimmter topographischer Ziele, ohne deren Bestimmung eine veraltete strategische Auffassung nicht klar sehen zu können meint. Der Zeitpunkt muss kommen, in dem sich die Erkenntnis der dadurch geschaffenen unhaltbaren militärischen Situation dem Gegner aufdrängt, und diese Erkenntnis muss uns dann rascher und gründlicher dem Frieden näher bringen als etwa die Nervosität über die Bedrohung von Paris, so sehr auch diese bei der jetzt merkbaren grösseren Empfänglichkeit der Boulevardpresse für Friedensgespräche mitspielen mag. Für den Augenblick ist die Stärke der Friedensstimmung in Frankreich und England und namentlich der Umfang, in dem sie den herrschenden Gewalten ernsthaft gefährlich werden könnte, noch keineswegs mit Sicherheit abzuschätzen. Namentlich sind die darüber aus den neutralen Nachbarstaaten, wie Holland und der Schweiz, vorliegenden Berichte mit kritischer Vorsicht zu betrachten, da die Sehnsucht nach dem Frieden gerade dort allgemein und der Wunsch, an seiner Herbeiführung mitwirken zu können, der optimistischen Beurteilung aller Zeitsymptome förderlich ist.

*

Immerhin darf, wenn der Gedanke der Einheitsfront von der Nordsee bis zur Adria der für Kriegführung und Politik der Entente beherrschende ist, auch der Wiederbeginn der grossen Kampfhandlungen an der österreichisch-italienischen Front als eine willkommene Unterstützung unseres Bemühens, die feindliche Friedensbereitschaft zu erhöhen, angesehen werden. Zunächst sind die Erfolge, von denen die k. u. k. Heeresleitung berichten kann, im wesentlichen auf den östlichen Teil des Kampfgebiets, die Front am Piavefluss, beschränkt, der von der Armee Boroevic siegreich überschritten wurde. Aber schon lässt die Sprache der sonst gern in Fanfarentönen schwelgenden italienischen Presse keinen Zweifel, dass man sich dort des „furchtbaren Ernstes" der den Armeen des Generals Diaz drohenden Kämpfe durchaus bewusst ist. Das stattliche Vertrauensvotum, das dem Ministerpräsidenten Orlando erlaubte, nach flüchtiger Bewilligung des Budgetprovisoriums die Kammer nach Hause zu schicken, ist in der Situation ohne eigentliche politische Bedeutung. Es sagt weiter nichts, als dass die Opposition der Zukunft, die Gruppe der Giolitti nahestehenden „parlamentarischen Union", wie es selbstverständlich ist, ihre Haltung zunächst von dem abhängig machen wird, was Cadornas Nachfolger leistet. Entspricht dies nicht den stolzen Prophezeiungen des Ministerpräsidenten Orlando, so dürfte dieser über kurz oder lang mit einer „Friedensoffensive" von innen zu rechnen haben, der sein Polizeiknüppel nicht gewachsen ist.

*

Der Rücktritt des Kabinetts Radoslawow, der aus Sofia gemeldet wird, ist eine Angelegenheit, die vielleicht im Ententelager mit Befriedigung verzeichnet wird. Aber es steht fest, dass für sie kein Grund zu Hoffnungen auf eine Aenderung der Grundlinien der bulgarischen Politik vorhanden ist. Bulgarien ist, wenn man von den ganz anders gearteten amerikanischen Verhältnissen absieht, das einzige der kriegführenden Länder, in dem während der ganzen Dauer der militärischen Auseinandersetzung kein Kabinettswechsel eingetreten ist. Die Regierung Radoslawows, die im Einvernehmen mit dem König und der grossen Mehrheit der Sobranje vor nun bald drei Jahren den Anschluss Bulgariens an die Mittelmächte vollzogen hatte, hat sich während dieser ganzen Zeit allen Angriffen der Opposition gewachsen gezeigt. Gestützt auf die grossen und schnellen Erfolge, die ihre Politik dem Lande gebracht, konnte sie, bisher vom Vertrauen der grossen Masse der Bevölkerung getragen, leicht aller innerpolitischen Schwierigkeiten Herr werden. Denn sie verstand es, die Parteien in fast lückenloser Einigkeit um ihr aussenpolitisches Programm geschart zu halten, auch diejenigen Gruppen, die anfänglich der Bündnispolitik des Königs und Radoslawows skeptisch gegenübergestanden hatten. Es ist indessen nicht zweifelhaft, dass die um die demokratische Partei gescharte Opposition es aus Gründen der inneren Politik schon lange für nützlich angesehen hat, einen Wechsel in der Führung der Geschäfte, die nach ihrer Meinung nun schon zu lange in einer Hand liegt, herbeizuführen. Sie dürfte nicht ohne Grund gerade im gegenwärtigen Augenblick auf eine gewisse Bereitwilligkeit Radoslawows gerechnet haben, die Zügel der Regierung einem anderen Politiker zu übergeben. So mischen sich anscheinend innerpolitische und aussenpolitische Motive bei der Entscheidung, zu der es gekommen ist. Es ist natürlich kein Geheimnis, dass das Ergebnis der Bukarester Friedensverhandlungen einen Teil der öffentlichen Meinung Bulgariens, der durch die reiche Ernte der bisherigen Feldzugsdauer etwas verwöhnt ist, nicht voll befriedigt hat. Man denkt nicht daran, dass keine der am Kriege beteiligten Nationen im grossen ganzen eine so vollständige und gesicherte Erfüllung ihrer Kriegsziele erreicht hat wie gerade Bulgarien. Man denkt um so mehr an die Schönheitsfehler, die man in der vorläufigen Einrichtung des Viermächte-Kondominiums in der Norddobrudscha und in der Notwendigkeit neuer Verhandlungen mit der Türkei über eine Revision des Maritza-Abkommens von 1915 erblickt. Dass Radoslawow den politischen Notwendigkeiten, die naturgemäss in jeder Koalition auftreten, Rechnung getragen hat, wird ihm, obschon eine schliesslich befriedigende Regelung für sicher gelten kann, nach so vielen Erfolgen, doch als ein Misserfolg angerechnet. Zu diesen Schwierigkeiten kommen noch andere, die aus der ungeklärten Lage des Problems von Griechisch-Mazedonien erwachsen. Bulgarien betrachtet sich, seit nicht allein venizelistische, sondern auch königlich-hellenische Truppen an der Front kämpfend aufgetreten sind, als im offiziellen Kriegszustand mit Griechenland. Es sind ihm für den Fall eines solchen Krieges von seinen Verbündeten gewisse Erwerbungen in Ostmazedonien (Drama, Seres, Kawalla), die die bulgarisch-nationale Einigung vollens abrunden sollen, zugesagt. Aber der definitiven Gestaltung, welche die Opposition befriedigen könnte, entbehrt auch diese Angelegenheit noch.



Hervorragende türkische Juristen in Berlin.
Von links nach rechts sitzend: der Vorsteher der Rechtsanwaltschaft in Konstantinopel Dschelaleddin Arif Bei; der Präsident des Kassationshofes Osman Bei; Sächsischer Justizminister Dr. Heinze; der Präsident des Seehandelsgerichts zu Stambul Jussuf Sia Bei; stehend: der Professor des bürgerlichen Rechts an der Kaiserlich Osmanischen Universität in Stambul Dr. Nord; der Professor des Rechts an der Universität zu Konstantinopel Selabeddin Bei; Oberregierungsrat Lindemann; Regierungsrat v. Friedberg.

B. L.-G.